

gische Auseinandersetzung mit den Rechtskräften führen und den Menschen dabei aufzeigen, daß eine „Politik der Härte“ weder in der Lage ist, die Kriminalität zu verringern und die Gemeinden sicherer zu machen, noch wirkliche Unterstützung und Hilfe für die Opfer bieten kann. Benötigt werde ein Antikriminalitätsprogramm, das liberale „Beruhigungsmittel“ einschließt, aber über diese hinausgeht, denn liberale Reformen per se könnten nicht ausreichen. Die Suche nach langfristigen Lösungen dürfe daher auch unter den gegebenen nichtrevolutionären Bedingungen nicht aufgegeben werden, wozu es auch der Beschäftigung mit der Kriminalität und der strafrechtlichen Sozialkontrolle unter sozialistischen Bedingungen bedürfe.

Sehen wir hier auch keine Möglichkeit, uns näher mit den von Platt diskutierten verschiedenartigen Vorschlägen für kurz- und längerfristige Reformen im System strafrechtlicher Sozialkontrolle zu befassen, so halten wir doch sein Anliegen für berechtigt. Indessen wird es großer Anstrengungen bedürfen, die angestrebte „volksnahe, sozialistisch-demokratische Politik“ mit einem realen Inhalt zu füllen und die „sehr kleine Basis zur Umsetzung der vorgeschlagenen Strategie“¹⁷⁷ zu verbreitern.